

Rolle gespielt hat, auch diesmal die Ziele der nationalen Rettung unterstützt“, entgegnete der Minister u. a., Vertreter der Kirche hätten vom ersten Augenblick an solchen Menschen Hilfe gewährt, „die aufgrund der Verhängung des Ausnahmezustands in eine schwierige Lage gerieten“. Dies sei ein Teil der caritativen Aufgabe der Kirche, und als solche sei sie auch zu bewerten. Kuberski: „Das war nicht irgendeine politische Demonstration, sondern lediglich die Erfüllung jener Aufgaben, die die Kirche übernommen hatte.“

Am 17. Januar gab es erstmals seit Dezember auch wieder eine *Gottesdienstübertragung* im staatlichen Rundfunk, jedoch nur im zweiten (nicht in der UdSSR zu empfangenden) Programm. Bei seinen im Radio übertragenen Predigten bemühte sich Erzbischof Glomp, ohne Verzicht auf inhaltliche Deutlichkeit seiner Kritik, Schärfe zu vermeiden. Manchen Beobachtern schien seine Linie zeitweilig von derjenigen des Krakauer Kardinals *Macharski* abzuweichen. Dem läßt sich entgegenhalten, daß *Macharski* (wiewohl er in einer Predigt zum Dreikönigsfest von einer gegen ihn gerichteten anonymen Morddrohung berichtete) kirchlicher Spitzenvertreter in der gemischten Staat-Kirche-Kommission ist, die am 18. Januar wieder tagte. Im gemeinsamen, auch in Polen veröffentlichten Kommuniqué hieß es, „daß die *Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche* gegenwärtig ein wichtiger Faktor ist, der den Ausweg aus dem Kriegszustand begünstigt“ und daß *Wirtschaftssanktionen* „ein beträchtliches Hindernis für die Rückkehr zur vollen Realisierung des Erneuerungsprozesses im Geiste der sozialen Abkommen verzögern“. Die ins Kommuniqué ebenfalls aufgenommene Sorge der Bischöfe über „Rachegefühle“ gegenüber Bürgern wurde von der Regierung mit den Worten kommentiert, „Aktionen dieser Art“ stimmten nicht mit den Absichten der Regierung überein.

Als der Sejm das Kriegsrecht legalisierte, versicherte Jaruzelski, die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche zähle zu den bleibenden Prinzipien und man sei an dem fortzusetzen

den Dialog „aufrichtig interessiert“. Innerhalb des Episkopats gab es unterdessen Diskussionen, welcher Weg im einzelnen gegenüber den Machthabern zweckmäßigerweise einzuschlagen sei. In den Gesprächen, die Glomp – begleitet von *Macharski* und vom Breslauer Erzbischof *Gulbinowicz* – vom 4. bis 11. Februar im Vatikan führte, wurde nach außen soviel erkennbar, daß Papst wie Primas ihre im Januar formulierten Leitlinien bestätigten, also keine Lösung der Krise ohne eine wieder von Walesa zu führende „*Solidarność*“ sehen, daß sie aber weiterhin die Verständigung zwischen allen Beteiligten suchen und dabei auf Jaruzelski und seine – im Vergleich wohl gemerkt – „gemäßigte“

Konzeption setzen. Bei allen Vorbehalten wird dem Armeegeneral von der Kirchenführung hohes persönliches Ethos bescheinigt. Der Unterschied liegt im wesentlichen darin, daß Jaruzelski seinen Dialog auf Staatsmacht und Kirche eingrenzen möchte, die Bischöfe hingegen auf Rückkehr zur Politik des die Gewerkschaft einschließenden Dreier-Dialogs bestehen. Diese Linie dürfte aber immer schwerer durchzuhalten sein. Abgesehen davon, daß Teile der Arbeiterschaft härteren Widerstand der Kirche erwarten, scheint die Regierung – anders sind zunehmende Angriffe auf Teile des Klerus nicht zu verstehen – trotz offizieller Konzilianz, die Kirche selbst angreifen zu wollen. *M. H.*

USA: Bischöfe gegen Atomrüstung

Noch vor zwei Jahren waren in den Vereinigten Staaten Gruppen, die gegen die Atomrüstung auftraten, ein wenig beachtetes Phänomen. Es gab vereinzelte Zusammenschlüsse, die aus der Bürgerrechts- und Anti-Vietnam-Bewegung der sechziger Jahre entstanden, und die radikalen Pazifisten verschiedener Sekten. Im Zusammenhang mit der Iran- und Afghanistankrise ließen sich dann neue Akzente feststellen; die Informationen über die möglichen Folgen eines mit modernen Kampfmitteln geführten Krieges waren gewachsen und hatten die öffentliche Diskussion erweitert (vgl. HK, Juli 1980, 330 ff.). Mit der „Friedensbewegung“ in Europa läßt sich die amerikanische Entwicklung auch heute noch nicht vergleichen. Doch im letzten halben Jahr ist ihr unerwartet starke Unterstützung aus verschiedenen Kirchen des Landes zugewachsen, vor allem von zahlreichen katholischen Bischöfen, von denen sich inzwischen mehr als 30 einzeln gegen Produktion und Einsatz von Atomwaffen ausgesprochen haben. Die Liste der Stimmen gegen die atomare Rüstung ist so umfangreich und die Stellungnahmen sind zum Teil so direkt, daß *Arthur Jones*, der Washingtoner Mitarbeiter des „National Catholic Reporter“ prophezeite, das

Wort „katholisch“ werde in den Vereinigten Staaten zum Synonym für „Kriegsgegner“, „Atomgegner“, „Frieden“ und „Protest“ werden. „In den 80er Jahren“, so schrieb er, „wird der amerikanische Katholizismus deutlich Stellung beziehen; direkt und indirekt, friedlich und durch Sabotage, einzeln und in Gruppen, absichtlich und unabsichtlich wird man ‚nein‘ sagen zur amerikanischen Rüstungspolitik und der atomar bestimmten Sicherheitsmentalität des Landes.“

Ein Beispiel unter mehreren: Der katholische Erzbischof von Seattle in den USA, *Raymond G. Hunthausen*, hat seine im Sommer vergangenen Jahres geäußerte Drohung wahr gemacht: Aus Protest gegen die atomare Rüstung in den Vereinigten Staaten will er ab sofort 50 Prozent seiner Einkommensteuer verweigern. Dies teilte der Erzbischof Ende Januar in der Kirchenzeitung seines Bistums mit (vgl. NC, 27. 1. 82). *Hunthausen* hatte im Sommer 1981 für eine einseitige Abrüstung plädiert und schon damals zu einem *Steuerboykott* aufgerufen; eine derartige Zahlungsverweigerung sei eine Methode des gewaltlosen Widerstandes. Seine Absicht sei es allerdings nicht, in der Friedensfrage die christliche Gemeinschaft zu spalten, versicherte *Hunthausen* jetzt. Auch andere

Meinungen seien zu respektieren. Er wolle auch jene nicht anklagen, die seinem Plan nicht zustimmten. Ebenfalls sei es nicht Ziel seines Vorschlages, daß alle diejenigen, die seine Ansicht über Frieden und Abrüstung teilten, dasselbe täten. Er wisse wohl, erklärte der Bischof, daß nicht jeder das Risiko einer Steuerverweigerung und ihrer Folgen auf sich nehmen könne. Zu den Bischöfen, die ähnlich wie Erzbischof Hunthausen konkrete Zeichen setzen möchten, gehören vor allem Bischof *Leroy Mathiesen* aus Amarillo/Texas und Bischof *Edward J. Herrmann* aus Columbus/Ohio. Sie forderten die Gläubigen auf, *Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie* aufzugeben. Bereits im vergangenen Sommer hatte Mathiesen Aufsehen erregt, als er die Arbeiter der auf dem Territorium seiner Diözese arbeitenden Pantex-Fabrik, die nukleare Sprengköpfe herstellt, dazu aufrief, ihre Arbeitsplätze zu verlassen und sich einen neuen Job in einem „friedlichen Gewerbe“ zu suchen. Bischof Herrmann, in dessen Diözese die Firma Rockwell-International B1-Bomber baut, griff das Thema in seiner Weihnachtsansprache auf, ging dabei aber verständnisvoll auf die inneren Konflikte der Arbeiter ein: „Familien, die auf Sozialfürsorge angewiesen waren, weil es zu wenig Arbeitsplätze gibt, können kaum dafür kritisiert werden, wenn sie eine Arbeitsstelle wollen, selbst wenn der Job mit etwas verbunden ist, wovon man sich unter besseren ökonomischen Rahmenbedingungen distanzieren würde“ (zit. nach: NC, 24. 12. 81). Aktueller Anlaß war die Tatsache, daß im Zuge der Reaganschen Rüstungspolitik 7 000 bis 9 000 Arbeitsstellen in Columbus neu geschaffen wurden, für die sich mehr als 25 000 Bewerber gemeldet hatten.

Die beiden Appelle blieben allerdings ohne Wirkung. Bischof Mathiesen gab drei Monate später zu, ihm sei kein einziger Fall von Arbeitsplatzwechsel als Folge seines Aufrufes bekannt geworden. In einer Fernsehsendung äußerte er die Vermutung, daß dies wohl daran liege, daß die Arbeiter „an das glauben, was sie tun“.

Um es gar nicht erst zu einer Ansiedlung von Rüstungsindustrie auf dem

Territorium ihrer Bistümer kommen zu lassen, wandten sich die Bischöfe *Elden F. Curtiss* von Helena und Bischof *Thomas J. Murphy* von Great Falls-Billings/Montana gegen den geplanten Bau einer Produktionsstätte für MX-Raketen, „da das zur Eskalation der Atomrüstung beitragen würde“.

Neben diesen in ihren Konsequenzen markanten Äußerungen hat sich im vergangenen November auch die Mehrheit der Bischöfe bei ihrer Vollversammlung entschieden gegen die Forcierung der atomaren Rüstung ausgesprochen (vgl. HK, Januar 1982, 48). Dabei brachte die amerikanische Bischofskonferenz auch ihr grundsätzliches Mißtrauen gegenüber einer Strategie atomarer Abschreckung zum Ausdruck. Wohl durch den Verlauf der Vollversammlung angeregt, war vor dem *Weihnachtsfest* und zum *Weltfriedenstag* eine deutliche Zunahme von Hirtenworten in Sachen Frieden und Abrüstung zu verzeichnen. Immer wieder beriefen sich die Bischöfe darin auf Konzilstexte und päpstliche Verlautbarungen, immer wurde der Einsatz von Atomwaffen, in den meisten Fällen aber auch schon deren Produktion und der Besitz verurteilt. Der frühere Vorsitzende der US-Bischofskonferenz, Erzbischof *John Quinn* von San Francisco, forderte die katholischen Krankenhäuser sogar dazu auf, sich nicht an Planspielen für die *medizinische Versorgung im Falle eines Atomkrieges* zu beteiligen. „Die Lehre der Kirche ist klar, Atomwaffen und das Wettrüsten müssen als unmoralisch verurteilt werden.“ Vereinzelt wurde auch auf die *soziale Ungerechtigkeit* und darauf, daß der Rüstungswettlauf „unerträglich die Armen schädige“ („Gaudium et spes“, Nr. 81) hingewiesen. Vor allem der derzeitige Vizepräsident der Amerikanischen Bischofskonferenz *James Malone* und Bischof *Roger Mahony* von Stockton/Kalifornien bezogen sich auf den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit der Lebensbedingungen und steigenden Ausgaben für die Rüstung.

Den Auftakt zu dieser Reihe öffentlicher Proteste gegen die Verteidigungspolitik der amerikanischen Re-

gierung hatte allerdings bereits im September 1979 Kardinal *John Krol* gegeben, als er im Namen der Bischofskonferenz im Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen zu den Salt II-Verhandlungen Stellung nahm. Krol entfaltete damals als erster Würdenträger der katholischen Kirche das, was in der Folgezeit an Standpunkten in die Hirtenworte vieler anderer Bischöfe eingeflossen ist (vgl. America, 18. 7. 81, S. 26 ff.).

Ob allerdings tatsächlich eine *Massenbewegung* der amerikanischen Katholiken für die Abrüstung und gegen Kernwaffen bevorsteht, wird bezweifelt. Der Amerika-Korrespondent der englischen katholischen Wochenzeitung „*Tablet*“, *John Deedy*, meinte dazu: „Um dahin zu kommen, müßte sich der amerikanische Durchschnittskatholik erst von seinem angeborenen *Patriotismus* und von seiner stark verwurzelten Loyalität gegenüber der nationalen Führung lösen.“ Der springende Punkt aber sei, daß Meinung und Absicht des amerikanischen Durchschnittskatholiken nicht von einzelnen oder kollektiven Stellungnahmen der Bischöfe bestimmt würden. „Es wäre vermessen zu erwarten, daß die Bischöfe in der Lage sind, die amerikanischen Katholiken so zu einer antinuklearen Position zu bekehren, daß das Wort ‚katholisch‘ bestimmte Assoziationen hervorriefe“ (*Tablet*, 2. 1. 82, S. 5).

Schließlich gibt es selbstverständlich auch innerhalb des Episkopats *verschiedene Standpunkte* zum Thema Frieden, und nicht alle Bischöfe lehnen Atomrüstung ab. So verteidigt eine starke Minderheit ausdrücklich die Abschreckungsstrategie Reaganscher Prägung. Der Bischof von Peoria/Illinois, *Edward O'Rourke*, z. B. bekräftigte, daß eine einseitige Abrüstung eine Ausbreitung der sowjetischen Macht zur Folge habe und damit auch „ein Anwachsen der Ungerechtigkeit in der Welt“ (NC, 6. 1. 82). Auch der Generalvikar des amerikanischen Militärbischofsamtes, Bischof *John O'Connor*, hatte sich bereits im Dezember in diesem Sinne geäußert: „So, wie ich die gegenwärtige Lehre der Kirche lese, könnte es unmoralisch

für eine Regierung sein, selbst einseitig abzurüsten, wenn dies das betreffende Land verwundbar gegen ungerechte Angriffe machen würde“ (NC, 15. 12. 81). Im gleichen Sinne äußerte sich der Militärbischof, Erzbischof von New York, Kardinal *Terence Cook* in einem Schreiben an die katholischen Armegeistlichen und Angehörigen der Streitkräfte selbst. Daß aber auch in katholischen Laienorganisationen der Widerstand gegen die gegenwärtige Rüstungspolitik wächst, zeigte sich u. a. auf dem letzten Nationalkongreß des Verbandes Katholischer Frauen (NCCW), der mit 8 000 Ortsgruppen die größte katholische Frauenorganisation der Vereinigten Staaten ist. Den 1 400 Dele-

gierten wurde eine Resolution vorgelegt mit der Aufforderung, „unablässig für Abrüstung und die Abschaffung aller Atomwaffen zu arbeiten“. In langen Debatten und nach vorübergehender Vertagung entschied sich eine Mehrheit der Versammlung, erstmals gegen die Grundlinien der herrschenden nationalen Sicherheitspolitik. Zwar ist der NCCW keine bewegende Kraft in den Vereinigten Staaten, so daß seine Aktion außerhalb der Katholischen Presse kaum Niederschlag fand. Aber der Vorgang war ein weiteres Symptom dafür, daß die Auseinandersetzung um die Rüstungspolitik gerade der katholischen Kirche in Amerika in nächster Zeit sehr zu schaffen machen wird.

C. R.

Faith and Order: Weichenstellungen in Lima

Die Vollversammlung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Weltkirchenrates, die vom 3. bis 15. Januar in der peruanischen Hauptstadt Lima stattfand, blieb in der aktuellen kirchlichen Berichterstattung hierzulande weitgehend unbeachtet oder war höchstens Meldungen von wenigen Zeilen wert. Gewiß ist die Arbeit von Faith and Order weniger schlagzeilenträchtig als andere Aktivitäten des ÖRK; doch gerade die Ergebnisse von Lima verdienen Beachtung, da sie *wichtige Zeichen* für den weiteren Gang der Bemühungen um die Einheit der Christen setzen. Das gilt gleichermaßen für die Erklärungen zu *Taufe, Eucharistie und Amt*, die von der Vollversammlung in ihrer endgültigen Fassung verabschiedet wurden, wie für das Studienprojekt „Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Aussprechen des Apostolischen Glaubens heute“, das einen Schwerpunkt der Kommissionsarbeit in den nächsten Jahren bilden wird.

Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, der seit 1968 katholische Theologen als Vollmitglieder angehören, hatte auf ihrer Vollversammlung in Accra 1974 (vgl. HK, September 1974, 498) die Texte zu Taufe,

Eucharistie und Amt in einer ersten Fassung gebilligt und es darauf den Kirchen zur Stellungnahme zugeleitet. Mehr als hundert Kirchen äußerten sich zu den Texten, die in den letzten Jahren immer wieder beraten und umgearbeitet wurden. Die einstimmige Verabschiedung der revidierten Texte in Lima wurde während der Tagung mit Recht als ein *ökumenisches Ereignis* gefeiert. *William Lazareth*, seit 1980 als Nachfolger von *Lukas Vischer* Direktor von Faith and Order, meinte, es sei schwer, den Enthusiasmus zurückzuhalten, und der kanadische Dominikaner *Jean M. Tillard*, einer der drei stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission, bezeichnete die Texte als „Beweis dafür, daß der Heilige Geist am Werk ist“.

Da die in Lima nochmals an zahlreichen Stellen geänderten Texte noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben sind, ist eine genauere Auseinandersetzung mit ihrem Inhalt im Augenblick nicht möglich. Schon jetzt läßt sich allerdings so viel sagen: Neben den Ergebnissen der zahlreichen bilateralen Gespräche über Amt und Herrenmahl liegen mit den Texten von Lima erstmals gemeinsame *Aussagen über Taufe, Eucharistie und Amt*

vor, an denen Vertreter aller wichtigen Konfessionsfamilien mitgearbeitet haben. Vor allem an zwei Punkten, die in den letzten Jahren bei der Revisionsarbeit die größten Schwierigkeiten bereiteten, konnte man damit einen Durchbruch erzielen. In der *Tauflehre* gelangen gemeinsame Aussagen zwischen der Mehrzahl der Kirchen, die die Kindertaufe praktizieren und den Baptisten, die für die Gläubigentaufe eintreten. Der Text über das *Amt*, der begrifflicherweise am längsten ausgefallen ist, dokumentiert eine weitreichende Konvergenz bezüglich der Bedeutung des dreifachen Amtes von Bischof, Priester und Diakon für die Kirche und geht damit deutlich über die Formulierungen im Accra-Text von 1974 hinaus.

Die Verabschiedung der Erklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt markiert zweifellos eine gewisse *Zäsur in der ökumenischen Bewegung*. In seinem Bericht für die Vollversammlung sprach *William Lazareth* davon, die Kommission sei im Begriff, der Ökumene neue Türen zu öffnen, „indem wir im Rahmen eines Rezeptionsprozesses vom theologischen Dialog und Konsens zu offiziellen Stellungnahmen auf entsprechender kirchlicher Ebene übergehen“. Die Kirchen, denen die Texte in den nächsten Monaten zugehen werden, sollen nach den Vorstellungen von Faith and Order bis Ende 1984 eine möglichst klare Antwort auf die Frage geben, ob die Texte von Lima für sie „den Glauben der Kirche durch die Jahrhunderte hindurch“ wiedergeben und welche Konsequenzen sich für sie im Blick auf Liturgie, Katechese und Verkündigung daraus ergeben.

Bei ihrer Vollversammlung von 1978 im indischen Bangalore (vgl. HK, Oktober 1978, 533) hatte die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung festgestellt, zur Verwirklichung der sichtbaren Einheit müßten *drei grundlegende Bedingungen* erfüllt werden: Die Kirchen müßten zu einem gemeinsamen Verständnis des apostolischen Glaubens, der vollen gegenseitigen Anerkennung von Taufe, Eucharistie und Amt sowie zu einer gemeinsamen Haltung in Fragen der Lehre und der Entscheidungsfindung gelangen.